



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 39. Ratssitzung vom 1. März 2023

1435. 2022/676

Dringliches Postulat von Anna Graff (SP), Andreas Kirstein (AL) und 6 Mitunterzeichnenden vom 21.12.2022:

Kostenlose COVID19-Tests für symptomatische Personen und Personen mit engem und/oder regelmässigem Kontakt zu besonders gefährdeten Menschen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Anna Graff (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1194/2022): Der Ständerat entschied im Dezember 2022, dass der Bund ab dem 1. Januar 2023 nicht mehr für Covid-Testkosten aufkommt. Somit können seit dem 1. Januar 2023 nur noch ärztlich verordnete Covid-Testkosten über die Krankenkasse abgerechnet werden. Alle weiteren Tests werden von den Patientinnen und Patienten selbst bezahlt. Hiermit fiel eine der letzten Massnahmen weg, die zur Eindämmung des Coronavirus beigetragen hatte. Es zeigt sich, dass die Anzahl der durchgeführten Tests mit dem Wegfall der Kostenübernahme zurückgegangen ist. Eigenverantwortung, die kostenpflichtig ist, nimmt also niemand mehr wahr. Ich möchte hier nochmals an die Idee und Funktion der Gratistests erinnern. Ein Aspekt war die Nachverfolgung der Pandemieentwicklung, indem man die Infektionszahlen beobachten konnte. Diese Funktion ist mit der Abwasseruntersuchung auf Covid-Viren sicher obsolet geworden. Ein zusätzlicher Aspekt war aber, dass Individuen eine persönliche Covidinfektion erkennen und adäquat reagieren können. Mit dem Wegfall der Kostenübernahme der Covid-Testkosten wird die Möglichkeit der Unterbrechung von Infektionsketten verhindert. Hierbei handelt es sich um verhinderbare Infektionsketten. Denn die infizierten Personen wären bereit, einen Gratistest durchzuführen. Es ist wichtig zu sehen, dass Covid nicht der Vergangenheit angehört, sondern weiterhin eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung darstellt – insbesondere für vulnerable Gruppen. Mit diesem Postulat fordert die SP zusammen mit der AL, dass die Stadt die entstandene Lücke in der öffentlichen Gesundheitspolitik von Bundesbern füllt. Damit soll ein frühestmögliches kostenloses Testen für die Bevölkerung ermöglicht werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Dieser Vorstoss macht mich, die Spezialistinnen und Spezialisten aus der Gesundheitsbranche sowie die Infektiologinnen und Infektiologen ein wenig ratlos. Die aktuelle Situation zeigt, dass es aufgrund von Covidinfektionen praktisch keine Hospitalisierungen mehr gibt und dass die Anzahl der Covidtests, bereits als sie noch



gratis waren, signifikant zurückgegangen ist. Zudem wurde praktisch eine Durchseuchung erreicht. Was es braucht sind Masken und dass man bei stärkeren Symptomen zu Hause bleibt. Vulnerable Gruppen können zudem immer noch kostenlose Tests durchführen. Dazu brauchen sie lediglich eine ärztliche Bescheinigung. Zudem sind die Gesundheitsinstitutionen fachlich gut im Umgang mit Infektionen und dem Coronavirus gerüstet. Sie wissen, wie sie sich und andere schützen können. Deshalb braucht es keine von der Stadt finanzierten Coronatests mehr. Weiter würde ein solcher Alleingang der Stadt keinen Sinn ergeben, da die Stadt einen hohen Grenzverkehr kennt. Es gibt keinen Grund, warum jetzt etwas errichtet werden sollte, das keinen zusätzlichen Schutz bietet. Selbstverständlich stehen wir mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) im Austausch, was uns erlaubt, bei einer Situationsveränderung entsprechend zu reagieren. Momentan braucht es diese Testzentren nicht. Darum bitte ich Sie, dieses Postulat nicht zu unterstützen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Frank Rühli (FDP): *Die Covid-Pandemie war für alle herausfordernd. Aktuell ist die Situation so, dass die Durchseuchungsrate in der Bevölkerung bei fast 100 Prozent liegt. Zudem sind schwere Krankheitsverläufe und Todesfälle kein Problem mehr. Auch international sehen wir einen Abzug der Massnahmen gegen Covid; es gibt keine Lockdowns oder Maskenpflichten mehr. Deswegen kann man ernsthaft fragen, warum eine der letzten Massnahmen nicht wegfallen soll. Infektionsketten sind de facto auch kein Problem mehr. Gefährdete Personen müssen sich ohnehin schützen. Hier ist es wichtig, dass man sich im Umgang mit diesen Personen entsprechend verhält. Der Bundesentscheid per 1. Januar 2023 nicht mehr für Covid-Testkosten aufzukommen, ist also folgerichtig. Falls die Pandemie wieder zum Problem wird, muss man die Testkapazitäten wieder erhöhen. Aktuell ist dies aber nicht nötig. Die FDP unterstützt das Postulat nicht.*

Walter Anken (SVP): *Die Behauptung, dass die Leute keine Eigenverantwortung wahrnehmen, wenn die kostenlosen Coronatests wegfallen, ist nicht wahr. Dies hat man gesehen, wenn man das Verhalten der Menschen vor drei Jahren beobachtete. Die Leute wuschen aus Eigenverantwortung die Hände, trugen Masken und gingen auf Abstand. Dies wird von Anna Graff (SP) nicht berücksichtigt. Zudem ist die Behauptung, dass eine ungebremste Übertragung in Kauf genommen wird, nicht richtig. In Ausnahmefällen, d. h. sofern ärztlich verordnet und medizinisch relevant, werden die Testkosten immer seitens Krankenkasse übernommen. Auch kann der Kanton, falls nötig, Tests anordnen, womit die Kostenübernahme garantiert wäre. Es besteht also die Möglichkeit der Kostenübernahme, falls dies wieder nötig werden würde. Das Abwassermonitoring gibt zudem weiterhin Auskunft über die Verbreitung des Coronavirus. Somit kann bei einem erneuten Ausbrechen schnell gehandelt werden. Ein weiteres Indiz dafür, dass die Testzentren nicht mehr nötig sind, zeigt ein Blick in die Krankenhäuser: Die coronabedingte Bettenbelegung ist gering. Insofern macht es keinen Sinn, teure, aber nicht benötigte Testzentren zu betreiben. Der Entscheider des Ständerats ist absolut richtig. Die SVP unterstützt das Postulat nicht.*



Dr. David Garcia Nuñez (AL): Testen ist ein essentieller Bestandteil einer umfassenden Strategie zur Bekämpfung einer Pandemie. Neben dem Einhalten von präventiven Massnahmen stellt die Identifizierung von infizierten Personen mittels Test eine effektive und wichtige Massnahme dar. Dies ist eine der Grundregeln der Infektiologie. Die Frage ist nur, wer sich in welcher Situation einem Test unterziehen soll. Angesichts des aktuellen Pandemieverlaufs ist es tatsächlich nicht mehr nötig, asymptomatische Personen zu testen. Dennoch müssen vulnerable Bevölkerungsgruppen geschützt werden, da diese ein besonders hohes Risiko tragen, an Covid schwer zu erkranken. Denn nach wie vor, und dies trotz Impfung und Schutzmassnahmen, sterben täglich mehrere tausend Personen an einer Covid-erkrankung. In der Schweiz gab es Ende Januar einen Infektionshöhepunkt, der mit jenen der Pandemiezeiten vergleichbar ist. Anders gesagt: Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Die WHO sagt dies auch. Wir werden uns noch lange mit Covidinfektionen, Postcovidsymptomen und Covidtoten beschäftigen müssen. Ein weiteres grundlegendes Gesetz bei der Pandemiebekämpfung lautet: Je teurer die Kosten für persönliche Prävention und Tests sind, desto weniger Menschen nehmen sie in Anspruch. Dem Stadtrat ist diese Logik bestens bekannt. Deshalb werden zum Beispiel in jeder Beratungsstelle kostenlos Präservative abgegeben. In der Schweiz werden zum Beispiel in Spitälern kostenlos Schutzmasken zur Verfügung gestellt. Auch die Stadt kennt kostenlose Angebote im Bereich des Testens. In einem Pilotprojekt werden beispielsweise finanzschwache Risikogruppen mit Tests zur Erkennung übertragbarer sexueller Krankheiten unterstützt. Hier hat der Stadtrat realisiert, dass die ausschliessliche Selbstverantwortungspolitik im Pandemiebereich zum Scheitern verurteilt ist. Es ist daher verwunderlich, dass der Stadtrat die kostenlosen Coronatests nicht unterstützt. Diese Abwehrhaltung schafft Klassen zwischen Krankheiten, was aus epidemiologischer Sicht nicht sinnvoll ist. Unser Vorschlag hat zudem einen positiven Nebeneffekt auf das gesamte Gesundheitssystem. Finanzschwache Personen, die mangels eines verfügbaren Hausarztes eine Notfallstation – den für sie selbst kostengünstigsten Ort – für eine Testung wählen, verursachen damit ein Mehrfaches an Gesundheitskosten. Ich empfehle Ihnen deshalb, diesem Vorstoss zuzustimmen.

Florine Angele (GLP): Auch uns interessiert die Gesundheitspolitik dieses Landes. Trotzdem unterstützen wir das Postulat nicht. Die Entscheidung, keine kostenlosen Tests mehr anzubieten, wurde auf Bundesebene im Rahmen der Corona-Strategie getroffen. Es gibt keinen Grund, weshalb die Stadt einen anderen Weg gehen sollte. Zudem besteht auch keine Nachfrage mehr, wie STR Andreas Hauri aufgezeigt hat. Und die Möglichkeit sich testen zu lassen, besteht nach wie vor.

David Ondraschek (Die Mitte): Kostenlose Covidtests führen dazu, dass sich einige mehr und andere weniger testen lassen. Somit kann nicht davon ausgegangen werden, dass kostenlose Covidtests zur Unterbrechung der Infektionskette führen. Auch würde ein solch lokales Angebot keine Effekte zeigen, da die Pandemie flächendeckende Massnahmen erfordert. Entsprechend unterstützt die Die Mitte/EVP-Fraktion das Postulat nicht.



4 / 4

Dr. Josef Widler (Die Mitte): Nach meinem Verständnis hat dieses Postulat zwei Ziele. Erstens soll die Pandemie kontrollierbar sein. Zweitens sollen vulnerable Personen geschützt werden. Als Massnahme zur Pandemiebewältigung ist der Coronatest aber nicht geeignet, da diese aktuell nicht mehr existent ist. Trotzdem könnte man sagen, dass man die vulnerablen Personen mittels Coronatests versucht zu schützen. Mit einem negativen Test wäre das Problem dann gelöst. Dies stimmt aber überhaupt nicht. Denn aktuell erkranken die Leute nicht an Covid sondern an Influenza, was für vulnerable Patientinnen und Patienten fast gleich gefährlich ist. Erkältungen erfordern somit Abstandhalten und das Tragen von Masken. Dies ist das einzig richtige Verhalten. Ein Coronatest würde eine falsche Sicherheit vermitteln und folglich die Mitmenschen gefährden. Darum ist dieses Postulat gut gemeint, verfehlt aber das Ziel. Unterstützen Sie das Postulat nicht.

Anna Graff (SP): Ich möchte einige verzerrt dargestellte Dinge berichtigen. Erstens besteht die Covid-Pandemie gemäss WHO noch. Insofern ist es bedenklich, wenn der Stadtrat und die rechte Ratshälfte sagen, dass es keine Probleme mehr im Zusammenhang mit Covid gibt. Es gibt immer noch Leute, die aufgrund von Covid hospitalisiert sind. Zudem ist uns klar, dass infolge des Postulats keine Massentests stattfinden werden. Folglich würde dieses Postulat keine hohen Kosten verursachen. Die Idee des Postulats ist, sich freiwillig testen zu können, zum Beispiel um gefährdete Personen zu schützen. Diese unentgeltliche Möglichkeit soll wieder zur Verfügung stehen – nicht in Testzentren, aber an verschiedenen Orten in der Stadt, wie beispielsweise in Apotheken.

Das Dringliche Postulat wird mit 58 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat